



Medienmitteilung

Vorstoss fordert für das Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz mehr Personalressourcen für die Begleitung vulnerabler Menschen

EVP-Grossrat Christoph Hochuli fordert in seinem politisch breit abgestützten Vorstoss geeignete Massnahmen, um die Überlastung im Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES), insbesondere die sehr hohe Anzahl Klient/innen pro Beistandsperson, zu reduzieren. Dadurch – und mit anderen Massnahmen – sollen verbeiständete Personen möglichst bald in die Selbständigkeit entlassen werden können.

Gemäss dem im Juni erschienenen GPK-Bericht ist der Arbeitsdruck der Mitarbeitenden des ABES sehr hoch. Die Belastung beträgt knapp 100 Fälle pro Vollzeitstelle. Pro Klient/in steht im Monat nur 1 Stunde zur Verfügung. Die Anzahl Gefährdungsmeldungen steigen jedoch weiterhin. Die Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) empfiehlt jedoch nur 60 aktuelle Klient/innen pro Beistandsperson, maximal 70 im Jahr. Die permanent hohe Arbeitsbelastung im ABES zeigt sich auch in überproportionalen (Langzeit-)Krankheitsfällen und seit Jahren hohen Gleitzeit-Saldi.

Der Anzug von EVP-Grossrat Christoph Hochuli verlangt, dass genügend personelle Ressourcen für das ABES bereit gestellt werden, um die hohen Fallzahlen pro Beistandsperson zu reduzieren. Zudem soll geprüft werden, mit welchen weiteren Massnahmen erreicht werden kann, dass verbeiständete Personen baldmöglichst in die Selbständigkeit entlassen werden können.

Der Anzug wurde von Grossratsmitgliedern aus allen Fraktionen unterzeichnet.

EVP Basel-Stadt

Anzug in der Anlage

26.08.2022 / 1419 Zeichen